

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Beatrix von Storch, Stephan Brandner, Thomas Seitz, René Bochmann, Marcus Bühl, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag bekräftigt,

siebzig Jahre nach dem deutschen Volksaufstand gegen die SED-Diktatur und die sowjetische Besatzungsherrschaft am 17. Juni 1953 und rund dreißig Jahre nach seiner Ehrenerklärung für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in der SBZ und der DDR¹ seine fortgesetzte Verantwortung für die Aufarbeitung des damals begangenen Unrechts und die Bewältigung der Folgen im vereinten Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass

zwar die beiden Enquete-Kommissionen, die in den 1990er Jahren eingesetzt wurden, wesentlich zu diesem Zwecke beitragen konnten,² der Forschungsstand jedoch immer noch erhebliche Lücken aufweist. Ausgerechnet der Deutsche Bundestag selbst hat es bislang unterlassen, seine eigenen personellen und strukturellen Kontinuitäten zum SED-Regime einer wissenschaftlichen und unabhängigen Prüfung zu unterziehen.

Dieses Versäumnis des wichtigsten Verfassungsorgans stellt eine schwere Hypothek für den antitotalitären Konsens und die demokratische Kultur der Bundesrepublik Deutschland dar: Im Gegensatz zu vielen anderen privaten und öffentlichen Institutionen hat der Deutsche Bundestag bis zum heutigen Tage weder die DDR-kommunistischen noch die nationalsozialistischen Bezüge seiner Mitglieder von neutraler Stelle

¹ Bundestagsdrucksache 12/2820, S. 4 vom 16. Juni 1992, bekräftigt am 16. Juni 1994 (Bundestagsdrucksache 12/7983, S. 4, Punkt 4).

² Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vom 31. Mai 1994 (Bundestagsdrucksache 12/7820) und Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ vom 10. Juni 1998 (Bundestagsdrucksache 13/11000).

untersuchen lassen.³ Es herrscht ein „pragmatischer Schweigekonsens“ unter den betroffenen Bundestagsfraktionen, sich selbst als Gegenstand antitotalitärer Aufklärung auszuklammern.⁴

Dies betrifft nicht nur das Forthallen der DDR-Staatspartei SED, die im Mittelpunkt der Enquete-Berichte steht und mit der die im Deutschen Bundestag vertretene Partei DIE LINKE. rechtsidentisch ist.⁵ Das gilt auch für das parlamentarische Nachleben der systemstützenden DDR-Blockparteien in der CDU und FDP. So fusionierten während der Wende die früheren Blockparteien CDU (Ost) und DBD mit der westdeutschen CDU, während die beiden anderen, LDPD und NDPD, mit der FDP zusammengingen.⁶ Zumindest bei der FDP wurden die neuen Mitglieder ohne Prüfung ihrer politischen Belastung automatisch in die Partei übernommen.⁷ Der Enquete-Bericht von 1994 fordert vor diesem Hintergrund: „Für die CDU und F.D.P. stellt sich durch den Zusammenschluß mit den ehemaligen Blockparteien die Aufgabe, ihre jeweilige Parteigeschichte ebenso kritisch wie verantwortungsbewußt aufzuarbeiten.“ Die notwendige Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit diene dazu, „am Prozeß der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands mitzuwirken“.⁸

Noch deutlicher fällt das damalige Sondervotum der Mitglieder der SPD-Fraktion und des Mitglieds der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber aus: „Nach der Vereinigung der christdemokratischen und der liberalen West- mit den entsprechenden Ostparteien stellt sich heute auch für CDU und die F.D.P. die Frage nach der politischen Mitverantwortung der Blockparteien für die Politik des SED-Regimes. Nicht nur die SED-Nachfolgepartei PDS muß sich offen mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzen, auch Christdemokraten und Liberale müssen sich der Herausforderung stellen, die Geschichte der Blockparteien ohne Scheuklappen aufzuarbeiten — eine Geschichte, die nun Teil der Gesamtgeschichte von CDU und F.D.P. geworden ist. [...] Vor allem bedürfen noch die personellen, organisatorischen und finanziellen Kontinuitäten zwischen den ehemaligen Blockparteien sowie CDU und F.D.P. der kritischen Analyse.“⁹ Eine derartige Analyse ist im Deutschen Bundestag jedoch bis heute nicht durchgeführt worden.

Die Aufarbeitung der Geschichte der zweiten deutschen Diktatur¹⁰ und ihrer Nachwirkungen in der Bundesrepublik Deutschland wurden durch die Vernichtung der SED-Mitgliederkartei im Frühjahr 1990 unter dem damaligen PDS-Parteichef Gregor Gysi außerordentlich erschwert. Ein Nebeneffekt dieser konspirativen Nacht-und-Nebel-Aktion war die Verschiebung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, dessen Archive („Stasi-Akten“) großteils vor der Zerstörung gerettet werden konnten. Bedingt durch die ungleich erhaltene Aktenlage „gelang es der PDS, Schuld auf die Stasi abzuwälzen,“ obgleich diese stets ausführendes Organ und Herrschaftsinstrument der SED gewesen war.¹¹

³ Zu letzterem siehe die Ablehnung der Anträge der AfD-Fraktion mit den Bundestagsdrucksachen 19/29308 und 20/4896.

⁴ www.welt.de/geschichte/article235011936/Historiker-Andreas-Schulz-So-NS-gepraegt-war-der-Deutsche-Bundestag.html

⁵ www.welt.de/politik/article3649188/Die-Linke-Wir-sind-Rechtsnachfolgerin-der-SED.html

⁶ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: „Die Rolle der Blockparteien in der DDR. Forschungsstand“ (WD 1 - 3000 - 004/17), S. 4.

⁷ www.spiegel.de/politik/geschaerfte-bombe-a-c2ac7e21-0002-0001-0000-000013500280

⁸ Bundestagsdrucksache 12/7820, S. 33f.

⁹ Ebd., S. 37.

¹⁰ Im Falle der DDR eher „Diktatur auf deutschem Boden“, wie Eckhard Jesse mit Verweis auf die entscheidende Bedeutung des sowjetischen Besatzungsregimes für die Stabilisierung der SED-Herrschaft argumentiert (vgl. „Das Dritte Reich und die DDR – Zwei „deutsche“ Diktaturen?“, in: Totalitarismus und Demokratie, Band 2, 2005, S. 39–59).

¹¹ www.welt.de/welt_print/politik/article7637164/Gregor-Gysi-und-die-Aktion-Reisswolf.html

Dieses Informationsdefizit beeinträchtigt auch heute noch Nachforschungen zur politischen Karriere von Abgeordneten, die vor dem Oktober 1989 Mitglieder der SED oder einer Blockpartei waren. Zur Ermittlung einer Parteizugehörigkeit oder Funktionärstätigkeit in der DDR ist die Forschung vor allem auf freiwillige Angaben der betreffenden Politiker in den Abgeordnetenhandbüchern angewiesen. Solche Selbstanfragen fehlten aber beispielsweise in Brandenburg bereits in der zweiten Wahlperiode fast völlig, wie der Enquete-Bericht des Landtags von 2011 konstatiert.¹² Schnell wurde es zum „Volkssport“ unter Abgeordneten, belastende biographische Informationen wegzulassen.¹³ Auch Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung haben nachweislich eine mangelnde Bereitschaft zur Offenlegung ihrer DDR-Vergangenheit an den Tag gelegt.¹⁴ Damit wird jedoch eine wichtige Vorbedingung für die politische Willensbildung der Bürger, die Verfügbarkeit von ausreichenden Informationen zur selbständigen Beurteilung ihrer Parlamentsvertreter, untergraben. In Ermangelung wissenschaftlich erhobener Daten kann die Gesamtzahl der Bundestagsabgeordneten, die in der DDR Parteimitglieder waren, auf über 200 Personen angesetzt werden.¹⁵ Das quantitative Ausmaß der DDR-Funktionärstätigkeit ist noch schlechter abzuschätzen.

Die wissenschaftliche Untersuchung soll sich mit der formalen Einordnung der Bundestagsabgeordneten und der Angestellten der Bundestagsverwaltung mit DDR-Vergangenheit in die SED-Machthierarchie befassen, also dem Grad ihrer politischen Belastung etwa als Parteimitglieder, Funktionäre oder Angehörige der DDR-Elite. Aussagen zu individueller Verantwortlichkeit und Schuld soll sie, dem Beispiel des entsprechenden Enquete-Gutachtens für den Landtag Brandenburg folgend,¹⁶ im Regelfall nicht treffen. Diese bedürften vielmehr einer vertieften Einzelfallprüfung, die den Rahmen einer derart breit angelegten Untersuchung überschreiten würde.

III. Der Deutsche Bundestag erkennt an, dass

er zur Festigung der inneren Einheit Deutschlands seinen eigenen Beitrag zur Aufarbeitung und Überwindung der SED-Diktatur und zur Aussöhnung der Bürger, die unter diesem totalitären System gelebt und gelitten haben, zu leisten hat.

IV. Der Deutsche Bundestag möge beschließen,

1. aus ausgewiesenen und anerkannten Vertretern der historischen Wissenschaft eine Kommission zu bilden und sie mit der Erarbeitung einer Untersuchung zu beauftragen,
 - die die etwaigen personellen und strukturellen Kontinuitäten zwischen Staat und Verwaltung des SED-Regimes und den mit der SED verbundenen Blockparteien und Massenorganisationen einerseits und dem Deutschen Bundestag, seinen Abgeordneten und seinen Verwaltungsmitarbeitern andererseits untersucht und dokumentiert;
 - die diese Kontinuitäten in ihren sozialen und politischen Kontexten analysiert und einordnet;

¹² Gisela Rüdiger und Hanns-Christian Catenhusen: „Personelle Kontinuität und Elitenwandel in Landtag, Landesregierung und -verwaltung des Landes Brandenburg“ S. 62, in: Gutachten für die Enquete-Kommission Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg im Auftrag des Landtags Brandenburg, 2011.

¹³ www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/dieses-entsetzlich-qualende-lange-schweigen-7297450.html

¹⁴ z. B. www.spiegel.de/politik/cornelia-pieper-a-16a5b912-0002-0001-0000-000077855819

¹⁵ Eine Schnittmengenanalyse der Kategorien „Parteimitglied (DDR)“ und „Bundestagsabgeordneter“ in der Laienzyklopädie Wikipedia ergibt 218 Abgeordnete (<https://petscan.wmflabs.org/>).

¹⁶ a. O. S. 33.

- die dabei der Frage nachgeht, wie viele ehemalige Vertreter von Staat und Verwaltung des SED-Regimes und der mit der SED verbundenen Blockparteien und Massenorganisationen Abgeordnete des Deutschen Bundestages oder Mitarbeiter in seiner Verwaltung waren oder sind;
 - die herausstellt, ob es bei Mitgliedern des Deutschen Bundestages und dessen Verwaltungsmitarbeitern eine Tendenz gab oder gibt, ihren Dienst in Staat und Verwaltung des SED-Regimes sowie ihre Mitgliedschaft oder Funktionärstätigkeit in der SED oder den mit ihr verbundenen Blockparteien und Massenorganisationen zu verheimlichen;
 - die untersucht, ob und wie ehemalige Vertreter von Staat und Verwaltung des SED-Regimes und der mit der SED verbundenen Blockparteien und Massenorganisationen politische Entscheidungen und das politische Klima seit der Wende und Wiedervereinigung beeinflusst haben;
2. zur Finanzierung einer solchen Untersuchung für zunächst zwei Jahre die erforderlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen;
 3. nach Abschluss der Untersuchung ihre Ergebnisse in geeigneter Form aufzubereiten und öffentlich zugänglich zu machen.

Berlin, den 23. Mai 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion